

Auf dem Weg! Die »Leitlinien Bürgerbeteiligung Bonn« in der Umsetzung

Ein Interview mit Dirk Lahmann, Markus Möller und Christian Trützler

Vor gut zwei Jahren wurden die Leitlinien Bürgerbeteiligung Bonn vom Rat verabschiedet. In einem Interview fragt das Netzwerk Bürgerbeteiligung bei Bonner Akteuren aus Verwaltung, Stadtgesellschaft und Politik nach dem Stand der Umsetzung der Leitlinien.

Das Interview führte das Netzwerk Bürgerbeteiligung mit Christian Trützler und unserem Netzwerker Dirk Lahmann. Beide waren Mitglieder der Arbeitsgruppe, die die Leitlinien erstellt hat – Trützler als Ratsherr, Lahmann als Vertreter der Verwaltung. Unser Netzwerker Markus Möller blickt als engagierter Einwohner der Stadt Bonn auf die Umsetzung der Leitlinien.

Netzwerk Bürgerbeteiligung: Zunächst zu den Grundlagen: Herr Lahmann und Herr Trützler, Sie waren beide Mitglieder der »Arbeitsgruppen Leitlinien Bürgerbeteiligung Bonn« und haben die Leitlinien mitentwickelt. Was sind in Ihren Augen die wichtigsten Aspekte, die in den Leitlinien geregelt werden?

Dirk Lahmann: Ganz wichtig sind für mich die zehn Qualitätskriterien für gute Bürgerbeteiligung. Diese gelten für alle rechtlich verankerten und freiwilligen Bürgerbeteiligungsprozesse in Bonn. Mit der Vorhabenliste soll sichergestellt werden, dass die Einwohnerinnen und Einwohner frühzeitig von den relevanten Vorhaben in Bonn erfahren. Ein »Beirat Bürgerbeteiligung«, dem paritätisch besetzt Vertreterinnen und Vertreter aus Einwohnerschaft, Politik und Verwaltung angehören, begleitet die Initiierung, Umsetzung und Evaluation aller Beteiligungsprozesse. Die Leitlinien für die Bürgerbeteiligung verstehen sich als lernendes System, das sich durch Evaluation kontinuierlich weiterentwickelt. Inhaltlich setzen die Leitlinien auf ein kooperatives Rollenverständnis zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft. Das bedingt Wertschätzung, Offenheit und Lernbereitschaft auf allen Seiten.

Christian Trützler: Aus meiner Sicht gibt es mehrere wichtige Aspekte. Der Wichtigste ist, dass wir uns auf den Weg gemacht haben, überhaupt Leitlinien aufzustellen und damit der Beteiligung der Bürger/innen einen festen Rahmen gegeben haben. Gut ist es, dass ein paritätisch mit Einwohner/innen, Politiker/innen und Mitarbeiter/innen der Verwaltung besetzter Beirat für Bürgerbeteiligung eingesetzt wurde, der die Vorhabenliste vorbereitet, über den Ablauf der Bürgerbeteiligung wacht und die Leitlinien für Bürgerbeteiligung bei Bedarf fort schreibt. In diesem Zusammenhang möchte ich auch betonen, dass ich es für gut erachte, die Mitglieder des Beirates aus der Gruppe der Bürger/innen per Zufallsauswahl zu ermitteln; nur so kann meines Erachtens sichergestellt werden, dass Lobbyinteressen außen vor bleiben. Ein weiterer wichtiger Aspekt dabei ist – wie von Herrn Lahmann schon ausgeführt –, dass Qualitätskriterien für die Bürgerbeteiligung festgelegt wurden. So ist beispielsweise sichergestellt, dass mit Hilfe der Vorhabenliste Einwohner/innen frühzeitig über die in Bonn geplanten Projekte informiert werden und so rechtzeitig Einfluss auf das Geschehen nehmen können. Auch die Ergebnisoffenheit betrachte ich als einen wichtigen Aspekt. Hierzu gehört, dass keine Entscheidungen in der Sache während des Prozesses der Bürgerbeteiligung getroffen werden dürfen. Schließlich wird ein verlässlicher

Umgang mit dem Ergebnis der Bürgerbeteiligung angemahnt. Dies ist ein Punkt, den wir uns als Politiker/innen immer wieder ins Gedächtnis rufen müssen, da es ja durchaus möglich ist, dass das Ergebnis mit der Partei- oder Fraktionsmeinung im Widerspruch steht.

Netzwerk Bürgerbeteiligung: Herr Möller, was sind aus Ihrer Perspektive als engagierter Bonner die wesentlichen Aussagen der Leitlinien?

Markus Möller: Die Leitlinien Bürgerbeteiligung Bonn sind ein Instrument, um das politische Leben in Bonn neu zu organisieren, d. h. den Einwohner/-innen mehr Einflussnahme auf die politischen Planungs- und Entscheidungsprozesse zu ermöglichen. So etwas gab es bisher nicht und muss nun erprobt und eingeübt werden, damit es sich einspielen kann, um dann intelligentere und bürgerfreundlichere Problemlösungen zu bekommen. Die Leitlinien bieten also die Chance, die Qualität und Akzeptanz politischer Entscheidungen in Bonn zu erhöhen. Sie können damit – bei zu unterschiedlichen Interessenslagen, die nicht zu einer gemeinsamen Lösung führen – Konflikten die nötige Transparenz geben und für eine faire Streitkultur sorgen. Das ermöglicht einen konstruktiveren Umgang, verbessert das politische Klima, fördert die Zufriedenheit der Bevölkerung und stärkt die demokratische Praxis zugunsten des Gemeinwohls. Getreu dem Motto des Deutschen Städtetages zur Weiterentwicklung lokaler Demokratie: »Eine Stadt kann nur gemeinsam durch alle Beteiligten gestaltet werden.«

Hinsichtlich der vielen innerstädtischen Problematiken können die Leitlinien ein weiteres Hilfsmittel werden, sozusagen ein weiteres demokratisches Beteiligungsformat und eine Institutionalisierung von Beteiligung. Sie lebt von der Ausgestaltung – also der Benutzerfreundlichkeit – und eben vom Handeln den Einwohner/-innen selbst. Die Leitlinien können dazu beitragen, eine Kultur des fairen und friedlichen Miteinander-Redens, der Konfliktaustragung und -bewältigung und des gemeinsamen Gestaltens des urbanen Raums zu entwickeln. Die Aussage ist also: Bonner, gestaltet eure Stadt so, wie sie euch am besten gefällt und wenn ihr euch empört, tut dies z. B. über einen Bürgerantrag oder über Ratsmitglieder kund. Und wenn ihr meint, die Leitlinien reichen dafür nicht aus, dann gestaltet sie über kurz oder lang so, wie ihr sie braucht.

Der Aktionskreis Bonn Mehr Demokratie möchte, dass die Leitlinien von Anfang an größtmögliche Transparenz und echte Beteiligung ermöglichen und auch Elemente Direkter Demokratie einbeziehen. Nur so garantieren wir uns selbst eine höchstmögliche Form qualifizierter Demokratie.

Netzwerk Bürgerbeteiligung: Die Leitlinien wurden im März 2014 beschlossen. Was ist seit der Verabschiedung der Leitlinien in Bezug auf Bürgerbeteiligung geschehen? Hat sich etwas verändert? Wo sehen Sie positive, wo evtl. auch negative Entwicklungen?

Dirk Lahmann: Im Wesentlichen bedingt durch äußere Faktoren ist der Umsetzungsprozess bisher recht zäh verlaufen. Direkt nach der Verabschiedung begann 2014 der Kommunalwahlkampf. Der neue Rat konstituierte sich erst im Herbst und fast übergangslos startete der Wahlkampf für das Amt des Oberbürgermeisters. In solchen Phasen agieren Kommunalverwaltungen weniger dynamisch. Dies hatte Auswirkungen auf die Besetzung des Beirats Bürgerbeteiligung, aber auch auf die Erstellung der Vorhabenliste. Eine der wesentlichen Anforderungen an die Umsetzung der Vorhabenliste ist, dass sie weitgehend automatisiert mit möglichst wenig Aufwand durch die Ämter erstellt werden kann. Auch die Endbearbeitung zur Veröffentlichung sowie die kontinu-

ierlich notwendigen Aktualisierungen müssen so gestaltet sein, dass sie mit den vorhandenen Personalressourcen regelmäßig verlässlich abgearbeitet sind. All dies erfordert einen effizient organisierten internen Arbeitsablauf, der intensiv innerhalb der Verwaltung abzustimmen und zu organisieren ist. Dieser Prozess zeigte sich über lange Strecken zeitaufwändig. Nichtsdestotrotz haben in dieser Zeit eine Reihe von Beteiligungsprozessen stattgefunden, die bereits »im Geist« der Leitlinien durchgeführt wurden. Gerade im Bereich der Bauleitplanung oder auch in der Grünflächengestaltung gibt es mehr freiwillige, frühzeitige Beteiligungen, die sich an den Qualitätskriterien der Leitlinien orientieren. Insgesamt ist mehr Sensibilität für das Thema spürbar, auch die inzwischen eingerichtete Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung wird regelmäßig als Ratgeber einbezogen. Diese Wahrnehmung ist sicher wichtiger als die Frage, ob die Leitlinien in der Politik und in der Verwaltungsführung noch dieselbe Wertschätzung genießen wie zum Zeitpunkt ihrer Verabschiedung. Zentral ist, dass die Leitlinien Bürgerbeteiligung durch den Ratsbeschluss institutionalisiert sind, das macht Rückschritte schwierig. Die Vorhabenliste ist jetzt auf der Zielgeraden. Sie muss noch den Weg durch den Beirat Bürgerbeteiligung und den Bürgerausschuss nehmen und wird voraussichtlich im November öffentlich. Dies ist sicher der wichtigste Schritt in der Umsetzung der Leitlinien, der leider lange gedauert hat. Ich hoffe sehr, dass die Veröffentlichung dazu beiträgt, den Leitlinien »Strahlkraft« in die Zivilgesellschaft zu verleihen – da sind sie, glaube ich, noch nicht angekommen. Das liegt aber auch daran, dass sehr viel mehr Öffentlichkeitsarbeit gemacht werden müsste. Dafür sind aber derzeit weder finanzielle noch personelle Ressourcen verfügbar.

Christian Trützler: Es hat sich bislang leider viel zu wenig getan. Der frühere Oberbürgermeister legte sehr viel Wert auf die Einbeziehung der Einwohner/innen; der damaligen Koalition war die bessere Beteiligung der Bürger/innen ebenfalls ein großes Anliegen, sie hat einige Verbesserungen im Bereich der Bürgerbeteiligung eingeführt. Dies hat sich mit der Wahl des jetzigen Oberbürgermeisters, der – wie er selbst sagt –, ein Anhänger der repräsentativen Demokratie ist und – so meine Beobachtung und Interpretation – von der Beteiligung der Bürger/innen nicht viel hält, leider zum Negativen verändert. Meine Partei steht weiterhin voll hinter den Leitlinien und dem Weg zu mehr Bürgerbeteiligung, ich habe jedoch den Eindruck, dass dies bei der Partei, der der jetzige Oberbürgermeister angehört, keine große Rolle mehr spielt.

Die Umsetzung der Leitlinien schleppt sich aus meiner Sicht so dahin, eine Organisationsreform in dem Teil der Verwaltung, der die Stelle für Bürgerbeteiligung zugeordnet ist, sorgt dafür, dass bedingt durch zusätzliche Aufgaben die Umsetzung der Leitlinien nicht so zügig geschieht, wie es sein könnte. So trat der Beirat für Bürgerbeteiligung wie von Herrn Lahmann bereits angesprochen erstmals am 2. September dieses Jahres zusammen. Eine Vorhabenliste habe ich bis zum heutigen Tage nicht gesehen.

Meine Einschätzung möchte ich wie folgt zusammenfassen:

Negativ:

- Die derzeit zum Ausdruck gebrachte Einstellung des Oberbürgermeisters zur Bürgerbeteiligung.
- Die Organisationsreform, die dazu geführt hat, dass die Mitarbeiter/innen im Bereich Bürgerbeteiligung keine Stabsstelle bilden, sondern in ein Amt eingegliedert wurden, das mit Bürgerbeteiligung wenig zu tun hat.

- Die schleppende Umsetzung, die meiner Einschätzung nach ihre Ursache im o.g. Punkt haben könnte.

Positiv:

- Dass der Beirat für Bürgerbeteiligung sich endlich konstituiert hat und seine Arbeit aufnehmen kann.

Markus Möller: Aus meiner Sicht kann ich zu Ihrer ersten Frage nur sagen, dass etwas mehr Menschen über das Thema reden. Übrigens dank der Aktivitäten einiger zivilgesellschaftlicher Akteure, während der Umsetzungsprozess seitens Politik und Verwaltung eher schleppend verlaufen ist. Meines Erachtens fehlten intensive und kontinuierliche Informationen und Aktivierungen zu diesem Thema. Es wurde bereits angesprochen: Bis heute existiert keine Vorhabenliste, der Beirat Bürgerbeteiligung hat sich erst Anfang September 2016 konstituiert. Auch die Vorbereitungen für das erste Beteiligungsverfahren zum Viktoriakarree zeigen aus meiner Sicht einen Mangel an Transparenz, denn der Beirat Bürgerbeteiligung und der Bürgerausschuss beraten die 12 Angebote der Bewerber zur Bürgerwerkstatt in nichtöffentlichen Sitzungen. Zumindest über das konzeptionelle Vorgehen und die Prozessgestaltung müssen die Einwohner/-innen – insbesondere die beteiligten Akteure – doch Bescheid wissen und diese mit prüfen.

Positiv ist der Diskurs zu sehen, wie die verschiedensten Akteure in Bonn, die am städtischen Zusammenleben partizipieren, in Verbindung treten. Wenn dies auf Augenhöhe aller und mit gegenseitigem Respekt und den gleichen Chancen auf Teilhabe und Umsetzung geschieht, ist die Entwicklung positiv. Wichtig und Voraussetzung dafür ist sicherlich, dass die Bürgerbeteiligung nicht zu stark von Politik und Verwaltung reglementiert wird, so dass sich mit der Bevölkerung zusammen auf experimentellem Wege eine eigene Beteiligungskultur entwickeln lassen kann. Die Demokratie braucht auch Frei- und Spielraum für neue Formen der Partizipation, für Experimente, für demokratische Innovationen. Beim Verein Mehr Demokratie heißt es »Wenn wir aufhören, die Demokratie zu entwickeln, fängt die Demokratie an aufzuhören.« Es braucht vor allem einen Paradigmenwechsel auf Seiten der Verwaltung und der Politik, denn viele Akteure dort haben bisher nicht genug gelernt, Macht zu teilen und abzugeben und die Bürger/-innen – den Souverän – zur Gestaltungsmacht zu befähigen. Wenn sich kein Gleichgewicht hinsichtlich der Vorstellungen des gemeinsamen Raumes und im Umgang miteinander finden lässt, wenn die gegenseitige Augenhöhe und der Respekt fehlen, kann es zu Frustrationen und Sackgassen kommen, die das Vertrauen in unsere Gemeinschaft mindern. Schlimmstenfalls kann es zu einer Abkehr von der demokratischen Grundordnung führen. Das können wir uns nicht leisten. Allerdings gilt es in diesem Zusammenhang ein auch ein weit verbreitetes Missverständnis zu korrigieren: Faire Konfliktaustragung bei anschließendem Einbeziehen der Mittel Direkter Demokratie, ist auch ein Erfolg der Deliberativen Demokratie, zu deren Instrumentarium auch die Leitlinien Bürgerbeteiligung gehören.

Netzwerk Bürgerbeteiligung: Eine Frage an Herrn Lahmann aus Verwaltungssicht und Herrn Trützler aus dem Blickwinkel der Politik: Was steht jetzt an? Was sind die nächsten Schritte im Zuge der Umsetzung der Leitlinien Bürgerbeteiligung in Bonn?

Dirk Lahmann: Mit der Konstituierung des Beirats Bürgerbeteiligung ist ein weiterer Schritt in der Umsetzung der Leitlinien Bürgerbeteiligung erfolgt. Das Gremium wird die weitere Ausgestaltung der Bürgerbeteiligung in

Bonn intensiv begleiten. Erste Schwerpunkte werden dabei die Projekte »Vorhabenliste« und das große Beteiligungsverfahren »Viktoriakarree« sein. Wie in den Leitlinien vorgesehen, hat der Fachbereich Bürgerbeteiligung die Funktion der »Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung« übernommen. Hier ist jetzt zu klären, wie die Koordinierungsstelle in die Lage versetzt werden kann, die vielfältigen Aufgaben, die sie gemäß den Leitlinien leisten soll, auch zu erfüllen.

Christian Trützler: Da abgesehen von der Konstituierung des Beirates Bürgerbeteiligung noch nicht viel geschehen ist, steht weiter die Umsetzung des bereits in der vergangenen Ratsperiode Beschlossenen an. Die Leitlinien müssen mit Leben gefüllt werden. Die Vorhabenliste muss nun ganz schnell seitens der Verwaltung verwirklicht werden, damit sie im Beirat beraten werden kann und im Bürgerbeteiligungsausschuss beschlossen werden kann. Mit der Begleitung des Beteiligungsprozesses Viktoriakarree kann der Beirat erste Erfahrungen sammeln.

Netzwerk Bürgerbeteiligung: Was sollte aus Ihrer Sicht als nächstes angegangen werden, Herr Möller?

Markus Möller: Die Leitlinien kommen mit der Bürgerwerkstatt zum Viktoriakarree erstmals zum Einsatz. Natürlich wünsche ich mir, dass dies zu Ergebnissen führt, die allen Akteuren die Chance bietet, am Ende zufriedenstellende Lösungen und Ansatzpunkte für einen Lern- sowie Verbesserungsprozess für zukünftige Beteiligungsvorhaben zu erhalten. Ganz konkret könnte sich in einer offenen Versammlung im Anschluss an das Ergebnis dieses Prozesses – anders als die Evaluationsphase der Leitlinien Bürgerbeteiligung Bonn es vorsieht – ein Trägerkreis aus der Bürgerschaft bilden, der die Leitlinien Bürgerbeteiligung in Bonn selbst konstituiert und sie in einem Bürgerentscheid bei der nächsten Wahl der jetzigen Fassung entgegenstellt. Das würde einer sehr hohen Qualität politischer Teilhabe entsprechen. Gleichfalls kann ich nur die von Patrizia Nanz und Claus Leggewie gestellte Forderung in ihrem neuen Buch »Die Konsultative. Mehr Demokratie durch Beteiligung« unterstreichen. Sie fordern eine breite und tiefgehende Konsultation der Bürgerschaft über sogenannte »Zukunftsräte«, die dem Gesetzgebungs- und Entscheidungsverfahren vorangestellt und nachgeordnet werden soll. Diese Einbettung soll positiv auf den oft überfordert wirkenden Politik- und Verwaltungsbetrieb zurückwirken.

Netzwerk Bürgerbeteiligung: Die Leitlinien für Bürgerbeteiligung sollen ja kontinuierlich auf den Prüfstand gestellt und ggf. überarbeitet werden. Sehen Sie aktuell Änderungsbedarfe – und wenn ja, an welchen Punkten?

Dirk Lahmann: Es gibt derzeit noch zu wenig konkrete Erfahrungen, wie das Zusammenspiel aller Beteiligten im Rahmen der Leitlinien funktioniert, ob alle formulierten Rahmenbedingungen sinnvoll sind und dem Stresstest im »Beteiligungsalltag« standhalten. Dies wird meiner Ansicht nach frühestens in einem Jahr auf der Agenda stehen.

Christian Trützler: Änderungsbedarf an den Leitlinien ist für mich derzeit ebenfalls nicht erkennbar, da sie ja noch nicht vollständig umgesetzt sind.

Markus Möller: Der Aktionskreis Bonn Mehr Demokratie sieht aktuell Änderungsbedarf an folgenden Punkten und liefert dafür mehrere konkrete Empfehlungen, drei will ich hier nennen:

1. Die Leitlinien gehen in ihrer bisherigen Fassung von einem paritätisch mit Verwaltung, Politik (Rat) und Einwohner/innen besetzten Beirat aus (jeweils ein Drittel). Das Ziel einer konsensorientierten und kooperativen Bürgerbeteiligung sollte aber dazu führen, dass der Großteil der verantwortlichen Kontrolle über Vorhaben bei den Einwohner/-innen selbst liegt. Daher sollte der Beirat Bürgerbeteiligung zu zwei Dritteln mit Einwohner/-innen besetzt werden und die Kompetenz erhalten, die Vorhabenliste zu prüfen und ggf. zu ergänzen.

2. Nach den Leitlinien ist es bislang nicht möglich, dass Einwohner/-innen direkt Projekte auf die Vorhabenliste setzen bzw. dadurch ein Beteiligungsverfahren anstoßen können, sondern Politik und Verwaltung bestimmen die zu behandelnden Projekte. Es sollte aber unter bestimmten Bedingungen möglich sein, dass Einwohner/-innen Vorhaben auf die Liste setzen bzw. ein Beteiligungsverfahren auslösen können. Das schafft hohe Transparenz und echtes Vertrauen in Abläufe. Konkret: Um den Einwohner/-innen einen Rechtsanspruch zur Mitwirkung zu geben, sollten sie das Initiativrecht erhalten, mit 2 % der Wahlberechtigten (in Bonn ca. 500 Unterschriften) ein Vorhaben auf die Vorhabenliste zu setzen. Bürgerbeteiligung wird unglaublich, wenn Entscheidungen darüber, welche Projekte auf die Vorhabenliste gesetzt und für Beteiligungsprozesse geöffnet werden, alleine der Verwaltung und der Politik vorbehalten bleiben.

Darüber hinaus sollten Einwohner/-innen das Initiativrecht erhalten, mit 4% der Wahlberechtigten (ca. 1000 Unterschriften) Beteiligungsverfahren einzuleiten. Der Bürgerantrag, der auch schon ohne die Verabschiedung zusätzlicher »Leitlinien für Bürgerbeteiligung« als initialisierende Möglichkeit nach §24 der GO NRW genutzt werden kann und vielfach schon genutzt wird, ist in seiner politischen Wirkung nicht ausreichend. Diese beiden Initiativrechte greifen nicht in die Entscheidungshoheit des Rates ein, sondern dienen der Entscheidungsfindung. Da diese Beteiligungsformen die abschließenden, durch die politischen Entscheidungsgremien zu treffenden Entscheidungen über die Beteiligungsergebnisse nicht berühren, dürfte die Verfassungsmäßigkeit dieser beiden direkten Verfahren sichergestellt sein. Hier zeigt sich m. E. die große Chance für eine Form der Kopplung von partizipativer, direkter und parlamentarischer Demokratie.

3. Um den Zugang zu städtischen Informationen und damit die Vorbereitung möglicher Projekte für Beteiligungsprozesse zu erleichtern, ist der Aufbau des Open-Data-Informationsregisters (Leitlinien Open Data) erheblich zu beschleunigen. Dieses sollte möglichst bald durch geeignete Visualisierung den thematischen Einstieg erleichtern, als Grundlage für Beteiligungsvorhaben dienen und einen Überblick über Verfahrensstände und Fortschritte der Beteiligungsprojekte bieten. Ein Open-Data-Informationsregister kann die frühzeitige und verbesserte Information und Mitwirkung der Einwohner/-innen im Vorfeld und während eines Beteiligungsprojektes sicherstellen. Es ist deshalb sinnvoll, Open-Data-Angebote für die Bürgerbeteiligung zu nutzen und mit den Leitlinien zu verknüpfen.

Netzwerk Bürgerbeteiligung: Wie sehen Sie die Zukunftsperspektiven für die Bürgerbeteiligung in Bonn?

Dirk Lahmann: Wir haben eine gute Grundlage zum Gelingen. Ich glaube, wir brauchen ein, zwei Positivbeispiele, um auch die letzten Zweifler davon zu überzeugen, dass eine frühzeitige und ergebnisoffene Bürgerbeteiligung auf der Grundlage der Leitlinien eine gute Beteiligungskultur befördern kann. Beteiligungsprozesse müssen transparent und verlässlich sein, das heißt von Anfang an muss unter anderem klar sein, welche Entschei-

dungsspielräume es gibt und was mit dem Ergebnis geschieht. Dann bringt die Beteiligung eine neue Qualität der politischen Arbeit: Entscheidungen werden auf eine breitere Grundlage gestellt und nachvollziehbarer. Kreative Ideen und Projekte, die oft vor Ort entstehen, werden einbezogen. Akteure können im Prozess auch selbst Verantwortung übernehmen. Die Chance zu langfristig tragenden Ergebnissen besteht. Das ist sehr viel mehr als es erzwungene Entweder-oder-Entscheidungen wie zum Beispiel ein Bürgerentscheid sein könnten.

Zur Verbesserung der Bürgerbeteiligung bedarf es aber vielfältiger Qualifizierungs- und Lernprozesse – bei allen Beteiligten: Bürgerbeteiligung muss als Lernprozess verstanden werden. Es bedarf fachlicher Qualifizierung. Es muss eine Methodenkompetenz aufgebaut werden. Bürgerbeteiligung muss Teil des täglichen Verwaltungshandelns werden. Schule – auch Volkshochschule – kann Qualifizierungsinstanz sein für demokratische Kompetenzen. Dies alles benötigt entsprechende Ressourcen, die bereitgestellt werden müssen.

Christian Trützler: Leider sehe ich die Zukunftsperspektiven nicht sehr rosig. Wie bereits erwähnt, hält meiner Einschätzung nach der derzeitige Oberbürgermeister von stärkerer Beteiligung der Bürger/innen am Geschehen in Bonn nicht sehr viel. So ist es für mich als Sprecher für Bürgerbeteiligung schon sehr schwierig, das Erreichte zu erhalten. Hinzu kommt, das muss ich selbstkritisch anmerken, dass es fast alle Fachsprecher/innen für Bürgerbeteiligung in den Fraktionen schwer haben, Gehör zu finden. So sagte neulich ein Fraktionsvorsitzender einer der Koalitionsparteien sinngemäß zu mir, dass er das Thema Bürgerbeteiligung angesichts der Probleme der Stadt nicht so im Auge habe. Dies ist – so denke ich – eine Aussage, der sich sicher viele Ratsmitglieder quer durch das politische Spektrum in Bonn anschließen könnten.

Angesichts dieser Aspekte halte ich es für wichtig, dass ich – beginnend in meiner Fraktion – aber auch in der Koalition das Thema Bürgerbeteiligung immer wieder aufs Tapet bringe und eine Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung anmahne. Punkte, die wir mit unserem Fraktionsarbeitskreis für Bürgerbeteiligung noch voranbringen möchten sind zum Beispiel die Prüfung der Einführung eines Jugendparlamentes nach Oberhausener Vorbild. Ein weiterer wichtiger Aspekt um den wir uns kümmern müssen ist, Bürger/innen (auch politikferne) auf ihre Möglichkeiten die Mitwirkung aufmerksam zu machen, um so Bürgerbeteiligung auf eine breite Basis zu stellen.

Markus Möller: Wenn Bürgerbeteiligung denjenigen hilft, die unzufrieden sind, sich ungerecht in dieser Stadt behandelt fühlen oder auch einfach gute Ideen haben, sich Gehör zu verschaffen und ihnen qualifizierte Teilhabe auf Augenhöhe ermöglicht, dann ist eine positive Entwicklung wahrscheinlicher. Die zukünftige Ausgestaltung der Bürgerbeteiligung durch eine gerechte Teilung von Macht und Zuständigkeiten liegt zum einen bei den Einwohner/-innen selbst und zum anderen bei den »angestellten« bzw. gewählten Einwohner/-innen in Politik und Verwaltung. Bei einer repräsentativen Demokratie, deren gewählte und vereidigte Abgeordnete und Beamte glauben, besser zu wissen, wie Bürgerbeteiligung aussehen sollte, ohne den Bürger/-innen größtmögliche Teilhabe zu gewähren, bleibt der unbefriedigende Zustand, dass sie die anvertraute Macht nicht gut teilen können. Miteinander Gestalten heißt Vertrauen und Verantwortung leben. Politiker/innen und Verwaltungsmitarbeiter/innen sind Teil einer Gemeinschaft, in der das Wir den Ton angibt und nicht wenige über viele bestimmen.

Die Interviewpartner

Dirk Lahmann, geboren 1958, Betriebswirt, seit 2010 Leiter des Bereichs Bürgerbeteiligung im Amt des Oberbürgermeisters der Stadt Bonn.

Kontakt:

E-Mail: dirk.lahmann@bonn.de

Postanschrift: Altes Rathaus, Markt 2, 53111 Bonn

Markus Möller, geboren 1981, Ausbildung: Studium der Soziologie und Politikwissenschaften in Marburg an der Lahn. Arbeitet in der Verwaltung der Gezeiten Haus Klinik Bonn und ist Landesvorstandsmitglied bei Mehr Demokratie e. V. NRW. Ansprechpartner des Aktionskreises Mehr Demokratie Bonn.

Kontakt: markus.moeller@mehr-demokratie.de

Christian Trützler, geboren 1962, Ausbildung: Studium der Alt-Katholischen Theologie (mit Abschluss) und der Politikwissenschaften (Grundstudium). Betriebswirtschaftliche Weiterbildung.

Hauptberuf: Leiter für Service und Vertrieb im Bereich ÖPNV bei den Stadtwerken Hürth AöR

Politisch: Mitglied der Partei »Bündnis 90/Die Grünen« – Mitglied des Bezirksvertretung Hardtberg seit 2004

Mitglied des Rates seit 2009 – Mitglied des Ausschusses für Bürgerbeteiligung seit 2011 – Mitarbeit im

Arbeitskreis zur Erstellung der Leitlinien für Bürgerbeteiligung – Mitarbeit bei der Erstellung des Abschnittes

»Bürgerbeteiligung« in den Wahlprogrammen 2009 und 2014 (hier federführend) – Mitglied der

Verhandlungskommission »Bürgerbeteiligung« bei den Koalitionsverhandlungen 2009 und 2014

Kontakt:

E-Mail: christian-truetzler@posteo.de

Postanschrift: Köslinstraße 59, 53123 Bonn-Duisdorf

Weitere Informationen zu den »Leitlinien Bürgerbeteiligung Bonn« finden sich in der Leitliniensammlung des Netzwerks Bürgerbeteiligung:

<http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/kommunale-beteiligungspolitik-gestalten/kommunale-leitlinien-buergerbeteiligung/sammlung-kommunale-leitlinien/>

Redaktion eNewsletter

Netzwerk Bürgerbeteiligung

c/o Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter

Ellerstraße 67

53119 Bonn

E-Mail: newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de

»Auf dem Weg! Die »Leitlinien Bürgerbeteiligung Bonn« in der Umsetzung« – Ein Interview mit Dirk Lahmann, Markus Möller und Christian Trützler

eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 03/2016 vom 04.10.2016